

Panel 2

Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Berlin und MV – Maßstäbe, praktische Ansätze, Ergebnisse

Ausgangspunkt für meinen Text in unserem Buch „Warum? Für wen? Wohin?“ war die eigene Unzufriedenheit mit dem, was ich auf Bundesebene sah und in der Fraktion und im eigenen Kreisverband erlebte, die Frage nach dem „Warum“ bestimmter Diskussionen und Entscheidungen. Die wortreichen Erklärungen dazu, die sich auf Charaktere und persönliche Befindlichkeiten bezogen waren für mich nicht ausreichend. Gerade nach den Stimmenverlusten bei der LT-Wahl 2002 gab es vermehrt diese Diskussionen, weil wir nach Ursachen für diesen drastischen Einbruch suchten.

Deshalb wollte ich wollte auch aus dem „Hamsterrad des alltäglichen parlamentarischen Lebens“ heraus, die Entscheidungsprozesse noch mal nachvollziehen und damit auch eigenes Handeln reflektieren und bewerten.

In den Diskussionen um das Thema „was tut Regierungsbeteiligung mit der Partei“ gab es immer wieder das Argument: wir sind wie die Grünen, wir verändern uns mit der Regierungsbeteiligung vollkommen, nur viel schneller als die Grünen. Und: trotzdem schaffen die Grünen es in der rot-grünen Koalition im Bund gut dazustehen – wie machen die das? So sichtete ich anfangs nur Fraktionsprotokolle, Anträge von Landesparteitagen und alte Wahlprogramme... Zeitgleich sah ich mich in der Bibliothek um, um Sekundärliteratur zu suchen. Dann begann ich „quer“ zu schauen, bei anderen Parteien nachzusehen und stieß auf das Buch „Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei“ von Paul Tiefenbach aus dem Jahr 1998, in welchem er ähnliche Tendenzen in der Parteientwicklung der Grünen beschrieb, wie ich sie bei uns fand. Eine noch schärfere – aber persönlichere -Auseinandersetzung mit der Problematik, mit ähnlichen Reflexionen und Erkenntnissen gibt es von Jutta Ditfurth aus dem Jahr 2000 (Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung). In meinen Ausführungen möchte ich mich heute auf 2 Punkte beschränken und auch diese nur kurz anreißen:

1. die Auswirkungen der RB auf das Profil der Partei und ihre Ansprüche, ihre Ziele, die mit bzw. innerhalb der Regierungsbeteiligung umgesetzt werden sollen

In MV ging die PDS nicht ganz „blauäugig“ in die erste Koalition, bereits 1996 gab es (im Verlaufe der Werftenkrise) ein Angebot für die Unterstützung einer SPD-geführten Minderheitsregierung. Dieses Angebot beruhte auf dem 1994 in der Fraktion entstandenen Papier „Regieren wie am Runden Tisch“ (Dok. 1) und basierte auf 23 konkreten politischen Schwerpunkten der PDS, die innerhalb einer Koalition schwerpunktmäßig zu bearbeiten wären.

Auch die Tolerierungsphase in Sachsen Anhalt wurde kritisch beäugt und mit den ersichtlichen Vor- und Nachteilen diskutiert.

Diese Diskussionen wurden in der Fraktion und im Landesvorstand intensiv geführt, aber auch an der Basis, in den BO'en und Kreisverbänden gab es immer wieder Diskussionen darum (*ich als Kreisvorsitzende*)- gerade weil es so unvorstellbar war, einfach realitätsfern, dass die PDS mitregieren sollte oder wollte so kurz nach 1989, bei ständiger offener und verdeckter Diskriminierung der Mitglieder und Sympathisanten im öffentlichen Leben und kommunalen Vertretungen. Selbst in Kreiszeitungen fand die PDS nicht statt, Veranstaltungen wurden nicht angekündigt und ehrenamtliche Kreisvorsitzende konnten ignoriert werden – das ist auch jetzt teilweise noch so. In der Öffentlichkeit „lebt“ die PDS faktisch von ihren Ministern, den Abgeordneten und kommunalen Verantwortungsträgern → ehrenamtliche Akteure haben kaum eine Chance, ernst genommen zu werden, in politische Entscheidungen auf regionaler Ebene mit einbezogen zu werden.

Das scheint mir eine objektive Bedingung in dieser repräsentativen Demokratie zu sein, denn anderen Parteien geht es ähnlich und alle – auch die Linkspartei.PDS!- reagieren ähnlich: ehrenamtlich wichtige Stellen werden i.R. mit Amts- oder Mandatsträgern besetzt. Was den Vorteil hat, dass sich Informationswege verkürzen, aber eben auch auf unterschiedlichen Ebenen Entscheidungen durch wenige und oft dieselben Menschen getroffen werden.

1997 gab es dann den BPT in Schwerin, auf dem unser damaliger Landesvorsitzender offen für die Regierungsbeteiligung warb und auch bundespolitisch das Signal für eine Regierungsbeteiligung auf „grün“ gestellt wurde.

Gleichzeitig wuchs innerhalb des Landesverbandes- aber auch auf Bundesebene- auch die Erkenntnis, dass eine andere Politik – wie sie in den 23 Punkten skizziert war- ohne Politikwechsel nicht möglich

wäre, dass die SPD zwar ein Partner sein könnte, aber wenn man sie allein regieren ließe, es höchstens zu einem Regierungswechsel kommen würde.

Deshalb wurde in der LT-Fraktion intensiv und gründlich inhaltlich vorgedacht und vorgearbeitet, konkrete fachliche Positionen wurden in der Fraktion mit Betroffenen und Experten erarbeitet, öffentlich diskutiert, im Landesvorstand und auf öffentlichen Veranstaltungen. Der Landesverband war zu diesem Zeitpunkt vorbereitet auf eine Koalition, nicht alle waren davon begeistert, aber die Mehrheit wollte diese Chance für einen Politikwechsel nutzen. Und hoffte dabei auch ganz stark auf bundespolitisch positive Rahmenbedingungen für eine rot-rote Politik in MV.

Nach der Wahl im September 98 beschloß ein außerordentlicher LPT dass eine Verhandlungskommission – nach der Prüfung gemeinsamer politischer Positionen mit der SPD entweder ein Verfahren für eine Tolerierung oder eine Koalitionsvereinbarung aushandeln sollte. Grundlage sollten die „Mindestanforderungen für eine neue Politik in MV“, beschlossen im August 1998. Sie sollten Maßstäbe für unsere Politik sein, sollten signalisieren „darunter gehen wir nicht!“, deshalb waren sie konkreter als das Wahlprogramm und gingen auch zum Teil in die Koalitionsvereinbarung ein.

In der ersten Legislatur gab es innerhalb des Landesverbandes mehrere Ansätze, aber auch in der Fraktion, den „Maßstab für das Ende einer Koalition“ zu fixieren. Es wurde oft diskutiert: wann ist es genug? Wie weit gehen wir mit? → insbesondere nach dem „Glas Wasser“ dass sich MP Ringstorff im Bundesrat während der Abstimmung zur Rentenreform bestellte oder nach der Beteiligung deutscher Truppen am Kosovokrieg. Diese Bemühungen versandeten aber nach einem Antrag auf dem Parteitag, obwohl die Fragen an der Basis nicht beantwortet und nicht ausdiskutiert sind.

Im März 2000 begann die Vorbereitung auf die Landtagswahl 2002. H. Holter forderte auf dem Landesparteitag, dass sich die PDS dazu ein „zeitgemäßes und zukunftsfähiges“ Programm geben müsse, in dem das Profil als „Partei der gesellschaftliche Opposition und als Regierungspartei“ deutlich erkennbar sein müsste. „2002 erwartet uns ein ‚Leistungswahlkampf‘, ein Bilanzwahlkampf, der aus meiner Sicht zwei Ziele haben sollte: Stimmenzuwachs für die PDS und auf dieser Basis die Fortführung der rot-roten Koalition in MV.“ Das

Wahlprogramm der PDS „Für Arbeit und Lebensperspektiven in MV“ knüpfte kontinuierlich an die Schwerpunkte der Koalitionsvereinbarung an.

Das Wahlprogramm ist geprägt von den Erfahrungen der Regierungsarbeit, die Ziele sind weniger fordernd und weicher formuliert. Es richtet sich eindeutig auf Regierungshandeln.

Die Öffnung des „Weges zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft in MV“ wird als das Ziel der PDS benannt. Das Wahlprogramm ist fachpolitisch konkret, inhaltlich vollgestopft, aber im Gegensatz zum '98-er Programm politisch diffus.

Das 1998 noch eindeutige Profil der PDS als Interessenvertreterin der sozial Schwachen ist nicht mehr erkennbar. Da hat mein Landesvorsitzender Peter Ritter vorhin eine andere Auffassung dazu vertreten, aber ich bleibe trotzdem bei meiner Auffassung.

Wurden vor dem Eintritt in die Koalitionsverhandlungen 1998 noch „Mindestanforderungen“ als Sollbruchstellen für eine Koalition formuliert, so entschied sich die PDS im August 2002 nur noch „Hauptziele“ für die künftige Landespolitik als Grundlagen für die Koalitionsverhandlungen zu beschreiben.

Als Begründung für die Formulierung dieser Hauptziele wurde die Gefahr einer Umkehr zu neokonservativer Politik herangezogen.

Im Vorfeld der Erarbeitung der 2. Koalitionsvereinbarung wurde der Umbau der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen seit der Verkündung der „Agenda 2010“ in der Bundesrepublik und die damit verbundene Entwicklung der SPD MV nicht reflektiert.

Es gab keine politische und inhaltliche Abgrenzung vom Koalitionspartner, keine Analyse und Auseinandersetzung mit der Tatsache, dass und warum die PDS ihre politischen Ziele in der ersten Koalition nicht erreichen konnte.

1998 war der Eintritt in die Regierungsbeteiligung durch die PDS inhaltlich begründet, wir wollten einen Politikwechsel.

Für die SPD war das Bündnis von Beginn an in erster Linie eine machtpolitische Entscheidung, die auch persönliche Animositäten bediente (Rehberg: Ringstorff). Die SPD kalkulierte, dass es mit der PDS leichter sein würde, die Ziele der SPD umzusetzen – weil die PDS neu war in diesem Geschäft, weil sie basisdemokratisch orientiert war und nicht zentralistisch durch die Bundespartei gesteuert, weil sie regierungswillig war und auch und gerade weil sie Veränderungen

wollte. Es gibt mehrere Äußerungen von führenden SPD-Politikern (Ringstorff, Lafontaine) die PDS in einer festen Umarmung zu ersticken.

2002 war die Motivation der PDS nicht mehr so eindeutig, das „ob überhaupt wieder mitregieren“ umstritten, es gab schon Zweifel an der Notwendigkeit der Regierungsbeteiligung, daran, ob wirklich ein Politikwechsel mit Hilfe der PDS in MV möglich sei. Die lange vor der Wahl von der PDS-Führung und der SPD verkündete Weiterführung der Koalition sorgte für Unmut – insbesondere in unserer Partei. Die Entscheidung 2002 wiederum in die Koalition zu gehen, trotz erheblicher Stimmenverluste, trotz ungenügender Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen und ohne die Prüfung der wirklichen Schnittmengen der Zusammenarbeit und der Sollbruchstellen, das ist für mich eine rein machtpolitische gewesen. Das ist nicht a priori schlecht, aber wir hatten und wir haben keine Strategie, wie wir mit unserer „Schwäche“ nach den Wahlen umgehen, woher sie kommt, was wir tun müssen, damit uns das Dilemma nicht noch mal erwischt.

Eine kurze Bemerkung noch zur Zusammenarbeit mit den außerparlamentarischen Partnern: Die Erwartungen an die erste rot-rote Koalition waren sehr hoch (Gewerkschaften, AIV, Frauen, grüne Verbände)- Teile ihrer Forderungen wurden 1998 in das Wahlprogramm aufgenommen, wir haben ihre und unsere Forderungen miteinander diskutiert.

Landesregierung und Landtagsfraktion pflegen von Anfang an gute Kontakte mit ihnen, man berät sich, man informiert sich – dennoch die Konsequenz, mit der wir uns früher ihrer Anliegen angenommen haben, sie in politische Ansätze gegossen haben, die fehlt.

Wir verweisen dann auf die gesetzlichen Grundlagen, auf Urteile von Verwaltungs- und Verfassungsgerichten, auf Investoren, die verschreckt werden könnten oder die vielleicht dann auf Schadensersatz klagen könnten.

Kurz: wir sind berechenbar und wir handeln eigentlich vorbildlich – jedenfalls im Rahmen der Regierungsbeteiligung. Aber unsere Mitglieder für die Interessen der jeweils Anderen (gegenseitig) zu

mobilisieren, das gelingt uns (mit Ausnahmen Bombodrom und Hartz-IV) nicht.